

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 58 (1964)

Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : Abrüstung - Ernst oder Spiel? ; Der Krieg in Vietnam ; Worum geht es in Panama? ; Immer wieder Kuba ; Krieg gegen die Armut? ; NATO oder UNO? ; Es wird Zeit für Bonn... ; Vom italienischen Sozialismus

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140878>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Neue Sein als Liebe, als Freiheit, als Erfüllung, so sind diese Predigten gruppiert, die uns das Neue Sein erschließen wollen. Anstatt auf einzelne hinzuweisen, betrachten wir die eine, die *Das Neue Sein* überschrieben ist. Sie bezieht sich auf Gal. 6, 15: «Denn in Christo Jesu gilt weder Beschneidung noch Unbeschneidensein etwas, sondern eine neue Schöpfung.» Nach Tillich würde das bedeuten: «Nicht die Religion ist entscheidend — nur die Neue Wirklichkeit.» Aber was ist diese Neue Wirklichkeit, das Neue Sein, nachdem jedes menschliche Wesen ein leidenschaftliches Verlangen haben sollte? Es tritt nicht an die Stelle des Alten Seins, sondern es ist seine Erneuerung. «Darum können wir von der Neuen Schöpfung sprechen als von einem Wieder-neumachen; denn ein dreifaches ‚Wieder‘ ist darin enthalten, nämlich Wieder-versöhnen, Wieder-vereinen und Wieder-erstehen.» Tillich führt nun eingehend aus, was *Wiederversöhnung* bedeutet: «Seid versöhnt mit Gott — das bedeutet zugleich: seid versöhnt mit den andern! . . . Der Eintritt in das Neue Sein verlangt nicht, daß wir irgend etwas vorweisen, wir müssen nur offen sein, damit das Neue Sein uns ergreifen kann, obwohl wir nichts vorzuweisen haben.»

Versöhnung, das erste Kennzeichen der Neuen Wirklichkeit, macht das zweite, die *Wiedervereinigung* möglich. «Die Neue Schöpfung ist die Wirklichkeit, in der das Getrennte wieder vereinigt ist.» Der Mensch fühlt sich mit Gott vereinigt und gleichzeitig mit dem Selbst und mit den andern. «Nichts ist kennzeichnender für das Alte Sein als die Trennung des Menschen vom Menschen. Nichts wird in der Geschichte leidenschaftlicher ersehnt, nichts brauchen die menschlichen Beziehungen dringender als eine Heilung der sozialen Verhältnisse in einem Neuen Sein.»

Weil die Kirche und alle ihre Mitglieder immer wieder vom Neuen in das Alte Sein zurückfallen, ist das dritte Kennzeichen der Neuen Schöpfung das *Wieder-erstehen*. «Bei dem Wort ‚Auferstehung‘ haben viele Menschen unter anderen phantastischen Vorstellungen auch die, daß tote Leiber ihre Gräber verlassen. In Wahrheit meint Auferstehung den Sieg der Neuen Wirklichkeit, das Neue Sein, das aus dem Sterben des Alten Seins geboren wird. Auferstehung ist nicht ein Ereignis, das in einer fernen Zukunft vielleicht geschehen kann, nein, es ist die Macht des Neuen Seins, Leben aus Tod zu schaffen, hier und jetzt, heute und morgen . . . Auferstehung wird *heute* Ereignis oder überhaupt nicht. Sie ereignet sich in uns und um uns, in Seele und Geschichte, in Natur und Universum. Versöhnung, Vereinigung, Auferstehung — das ist die Neue Schöpfung . . . Sie ist zugleich verborgen und offenbar, zugleich dort und hier. Nehmt sie an, dringt in sie ein, laßt euch von ihr ergreifen.»

B. W.

WELTRUNDschau

Abrüstung — Ernst oder Spiel? Wenn es mit rechten Dingen zuginge, müßten jetzt alle Friedenskräfte in der Welt hinter der *Genfer Abrüstungskonferenz* stehen und mit äußerster Entschlossenheit von ihr verlangen, daß sie endlich einmal gute, greifbare Arbeit leiste. In Wirklichkeit ist von einem solch wachsamem und kräftigen Druck der Völker auf die Konferenzherren sehr wenig zu bemerken. Wie viele Zeitungsleser und Radiohörer schenken den Genfer Verhandlungen überhaupt noch mehr als eine reichlich zerstreute Aufmerksamkeit? Auch die Hoffnungsfreudigsten werden eben immer wieder enttäuscht durch das fruchtlose, nun

schon Monate und Jahre dauernde Gerede der im Palais des Nations tagenden Delegierten, hat doch die Zahl ihrer Sitzungen 170 bereits überschritten, ohne daß auch nur eine Einigung darüber erzielt worden wäre, welche Fragen aus dem Knäuel der verschiedenen Abrüstungsprogramme herausgegriffen und einer Lösung entgegengeführt werden sollen. Man bekommt einfach mehr und mehr den Eindruck, den nach Genf geschickten «Fachleuten» der Abrüstungstechnik sei es in Wahrheit gar nicht wirklicher Ernst mit ihrer Aufgabe!

Natürlich beteuern sie alle — wie die Regierungen, in deren Auftrag sie reden — ihren guten Willen, dem Wettrüsten ein Ende zu machen und die drohende Katastrophe eines Atomkrieges abzuwenden, der nach einer Äußerung des amerikanischen Wehrmachtministers McNamara schon in seinem ersten Abschnitt 300 Millionen Menschen das Leben kosten würde. Aber, so wiederholen sie ebenso unermüdlich, gerade die Kernwaffen, die jetzt vor allen anderen Kriegsmitteln bereitgestellt werden, seien ja nur zu dem Zweck geschaffen worden, einen möglichen Angreifer abzuschrecken, nicht um tatsächlich eingesetzt zu werden. Und das soll man ihnen glauben? Es gibt ja doch nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist man wirklich entschlossen, die Atomwaffen auf keinen Fall anzuwenden — dann ist ihre Bereitstellung eine leere Drohung, bloßer Bluff, von dem sich kein allfälliger Angreifer abschrecken läßt; oder aber man ist ernstlich gewillt, sie «nötigenfalls» doch einzusetzen — dann bereitet man damit bewußt die Menschheitskatastrophe vor, die man angeblich abzuwehren bemüht ist. Das eine oder andere — ein Drittes gibt es nicht.

Wenn irgendwo, so gilt eben hier, daß man nicht zwei Herren dienen kann. Entweder arbeitet man *mit ganzem Herzen* für Frieden und Abrüstung und macht dann keine inneren Vorbehalte für den Fall, daß man doch «genötigt werden» sollte, an einem Krieg teilzunehmen, der alles gesittete Leben auf Erden vernichten müßte. Oder man glaubt immer noch an die Kraft der Waffen — auch der Atomwaffen —, Leben und Sicherheit der Völker zu verteidigen, und dann gehört man ins Narrenhaus und soll auf jeden Fall aufhören, von Abrüstung und friedlichem Zusammenleben der Völker zu schwatzen. Lieber ehrliches Bekenntnis zum Waffenglauben als diese Zwiespältigkeit der Gesinnung, dieses heuchlerische Getue, das der Abrüstung Lippendienst leistet, während das Herz ganz und gar bei Aufrüstung und «Landesverteidigung» im alten Stil ist!

Abrüstungsverhandlungen, wie sie jetzt in Genf geführt werden, sind im übrigen schon darum zum Mißerfolg verurteilt, weil von ihnen eine der größten Weltmächte, die Volksrepublik *China*, ausgeschlossen ist. Die Ausrede, die Chinesen *wollten* ja gar keine Abrüstung, spekulierten vielmehr auf einen Atomkrieg, ist ebenso unsinnig wie ungerecht. Darauf ist auch im Januarheft der «Neuen Wege» wieder hingewiesen worden. Im besonderen bedeutet die im Westen fortwährend kolportierte Äußerung Maos, nach einem Atomkrieg würden

immer noch ein paar hundert Millionen Chinesen übrig bleiben, während die kapitalistischen Länder vernichtet würden, keineswegs das, was man gewöhnlich in sie hineinliest, daß nämlich die chinesischen Kommunisten es zynisch auf einen Atomkrieg ankommen zu lassen bereit seien. Sie stellt vielmehr, wenn man ihren vollen Wortlaut kennt, einfach eine *Warnung* an die Westmächte, besonders Amerika, dar, mit dem atomaren Wettrüsten fortzufahren und einen neuen Weltkrieg auszulösen, der auf jeden Fall ihnen selber den Untergang bringen müsse, während China immerhin noch Aussicht habe, einen Rest lebendiger Menschen zu retten, um eine nichtkapitalistische Zukunft aufzubauen.

Auch die Weigerung Chinas, dem Moskauer Abkommen über die Einstellung gewisser Kernwaffenversuche beizutreten, spricht nicht für chinesische Spekulationen auf einen Atomkrieg. So verhängnisvoll auch die Ausbreitung von Kernwaffenrüstungen auf Länder ist, die sie bisher noch nicht hatten, so sind doch Russen wie Amerikaner die letzten, die China aus seinen Bemühungen um eine eigene «Abschreckungswaffe» einen Vorwurf machen könnten. Sie haben die Herstellung von Atomwaffen sowohl den Engländern wie den Franzosen zugestehen müssen; warum wollen sie nun den Chinesen verwehren, das Gleiche zu tun, wenn sie nicht darauf ausgehen, im Alleinbesitz von Kernwaffen (mit Engländern und Franzosen zusammen) den Chinesen Abrüstung in *ihrem* Sinn und zu *ihrem* Nutzen aufzuzwingen? Man nehme auch die Volksrepublik China in den Kreis der Vereinten Nationen auf und verhandle mit ihr über die Abrüstung — dann wird man bald sehen, daß China mindestens so ehrlich einen Atomkrieg verhindern will wie irgendeine andere Macht, und daß dann bei den Abrüstungsverhandlungen mehr herauskommt, als wenn man China politisch weiterhin isolieren und niederhalten will. Ohne China wird es keine wirkliche Rückbildung der Kriegsrüstungen geben!

Der Krieg in Vietnam Ohne China wird aber — wir haben es hier schon oft gesagt — auch *Südostasien* nicht zur Ruhe kommen. In Washington scheint man zwar wirklich keine große Lust zu haben, den «schmutzigen Krieg» in *Südvietnam* durch einen Angriff auf das kommunistische *Nordvietnam* aus der Sackgasse herauszuführen, in die er geraten ist; man würde ja dadurch nicht nur die Chinesische Volksrepublik herausfordern, sondern auch die *Sowjetunion* geradezu zwingen, Arm in Arm mit China, ihrem intimsten Feind, Nordvietnam zu verteidigen. Täte sie es nicht oder nur lässig, so würde sie nur alle diejenigen rechtfertigen, die ihr schon jetzt vorwerfen, sie opfere dem Wohlwollen der Vereinigten Staaten allzuleicht die Sache der unterentwickelten kleinen Völker, die um ihre Befreiung von der Herrschaft des Imperialismus und Kolonialismus kämpfen. Und eine solche Lage herbeizuführen, dazu hat man in Washington wahrlich gar keinen Grund. Präsident Johnson hat

denn auch an seiner Pressekonferenz vom 29. Februar gesagt, ihm seien keinerlei Pläne für eine Unternehmung gegen Nordvietnam vorgelegt worden (was natürlich nicht heißt, daß solche Pläne überhaupt nicht bestehen, besonders bei der Militärführung); auf jeden Fall müsse man abwarten, was für einen Bericht McNamara, der Wehrmachtminister, von seiner neuen Reise nach Südvietnam mitbringe.

Aber wie dann die Amerikaner ihren Krieg gegen die Nationale Befreiungsfront von Südvietnam (den «Vietcong») trotzdem gewinnen wollen, bleibt eben nach wie vor doch unerfindlich. Sie haben nach neueren Feststellungen gegen 20 000 Mann in Südvietnam stehen, die zwar — von Ausnahmen abgesehen — nicht als geschlossene Kampfeinheiten auftreten, sondern als «Berater», Flieger, Fahrer, Ausbilder usw. der Regierungsarmee zugeteilt sind, und verfügen außerdem über ein ungeheures Kriegsmaterial, das, wie Georges Chaffard im Pariser «Observateur» (13. Februar) schreibt, «in klarem Mißverhältnis zu der Art von Revolutionskrieg steht, den die Vietnamesen dort führen.» Aber mit der bisherigen Kampfweise kommen sie offenkundig einfach nicht weiter. Die Aufständischen beherrschen bei Tag bereits die Hälfte des Landes, bei Nacht sogar zwei Drittel, und haben mindestens die Hälfte der Bevölkerung hinter sich. Die Versuchung liegt darum wirklich sehr nahe, die riesigen Waffen- und Materialvorräte, die die Vereinigten Staaten in Südvietnam eingelagert haben, eben doch gegen Nordvietnam als den stillen Verbündeten und Versorger des Vietcong einzusetzen.

Andererseits haben die Führer der Nationalen Befreiungsfront Südviets, wie auch Chaffard betont, bisher durchaus nicht die Absicht, nach einem Sturz des neu-alten Regimes in Saigon eine Volksrepublik nach dem Muster von Nordvietnam zu errichten und die beiden Landeshälften auf dieser gemeinsamen Grundlage zu vereinigen. Sie wollen Südvietnam *neutralisieren* und nehmen offenbar an, daß auch Nordvietnam und China die Hand zu einer solchen Lösung bieten würden. Dies nicht zuletzt darum, weil Nordvietnam bei aller Zusammengehörigkeit mit China doch auch gute Beziehungen mit der Sowjetunion aufrechterhalten will und darum keine chinesischen Streitkräfte auf seinem Boden beherbergt. China wird trotzdem ein entscheidendes Wort bei der Gestaltung der Zukunft Südostasiens mitzureden haben. Und je eher die Vereinigten Staaten sich im Einvernehmen mit China zu einer Neutralisierung dieses ganzen Raumes herbeilassen, um so mehr wird es ihnen erleichtert werden, sich aus ihrer aussichtslosen Lage in Südvietnam zurückzuziehen, ohne «ihr Gesicht zu verlieren». Wenn sie es nicht tun, so nur darum, weil ihnen die Festhaltung ihrer militärischen Machtstellung in Südostasien wichtiger ist als jede Einbuße an Ansehen und Sympathie bei den asiatischen Völkern.

Worum geht es in Panama? In einer nicht unähnlichen Lage sind die USA gegenüber Panama.

Es ist einfach nicht wahr, daß für die Nordamerikaner die Kanalzone heute noch die gleich große strategische Bedeutung hat, die sie vor 60 Jahren immerhin hatte. Ein Bericht der «New York Times» vom 10. Januar (auf den die «Monthly Review» aufmerksam macht) gab das ganz unverhohlen zu. «Militärbeamte», so heißt es darin, «sprechen jetzt offen aus, was sie lange Zeit nur in privaten Äußerungen erwähnten: daß die Panamakanalzone als Schiffsdurchfahrt zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean keine erhebliche strategische Bedeutung hat. Die großen Flugzeugträger der Forrestal-Klasse sind zu wichtig für die Kanalschleusen. Außerdem haben die Vereinigten Staaten eine umfangreiche Kriegsflotte in beiden Ozeanen. Und schließlich ist der Panamakanal ein verhältnismäßig bequemes Ziel für einen Raketenangriff. Hingegen ist die Kanalzone immer noch ein bedeutendes *Militärzentrum* für die Vereinigten Staaten. Ihre uniformierten Streitkräfte in der Kanalzone belaufen sich auf 9750 Mann, eingeschlossen eine Kampfbrigade von 7000 Mann. Diese Streitkräfte dienen nicht nur zum Schutz des Kanals, sondern sind auch eine bewegliche Truppe, die für alle Notfälle in Lateinamerika einsatzbereit dasteht.» Hier, so besagt der Bericht weiter, würden nordamerikanische wie lateinamerikanische Offiziere und Soldaten für Kleinkriegsoperationen, Dschungelunternehmungen und dergleichen ausgebildet, und auch die nordamerikanischen Militärberater und Missionen in ganz Lateinamerika stünden in enger Verbindung mit dem USA-Kanalstützpunkt. «Die Aufgabe der militärischen Einheiten der USA in der Kanalzone umfaßt also Verantwortlichkeiten, die weit über das Problem eines Kanalschutzes gegen Angriffe oder Sabotage hinausgehen.»

Mit anderen Worten: Die Besetzung der Kanalzone in Panama ist nicht nur Überrest eines überholten Yankee-Kolonialismus; sie dient vielmehr entscheidend den Zwecken der nordamerikanischen Macht- und Wirtschaftspolitik gegenüber den lateinamerikanischen Ländern, besonders seitdem die kubanische Revolution die Gefahr eines Abfalls dieser Länder von der nordamerikanischen Oberherrschaft unmittelbar nahegerückt hat. In Panama selbst ist diese Gefahr nicht gering zu achten. Die aus Negern und Mulatten bestehende Bevölkerung wird zwar immer noch von einer dünnen feudal-kapitalistischen Oberschicht in Schach gehalten, der Hauptnutznießerin der finanziellen Vorteile, die Panama aus dem Kanalbetrieb zieht. Ihre elende Lage macht sie aber für die besonders durch das Radio vermittelte Propaganda des revolutionären Kuba mehr und mehr empfänglich, und Präsident Chiari, der selbst der Oberklasse angehört, sucht nun die seinem Regime drohende Gefahr abzulenken, indem er einen gegen die Vereinigten Staaten gerichteten panamaischen Nationalismus begünstigt, der um so volkstümlicher ist, als tatsächlich (wie wir schon in unserer letzten Weltrundschau bemerkten) Panamas Anteil an den

Kanalgebühren wie die ihm alljährlich zufallende Pachtsumme viel zu gering sind.

Die Washingtoner Regierung verschließt sich offenbar selber nicht mehr der Notwendigkeit, den Vertrag von 1903, der die Rechte der USA in der Kanalzone begründete, zeitgemäß abzuändern. Ob es aber mit einer Erhöhung der Pachtsumme und des panamaischen Anteils an den Kanalgebühren getan sein wird, erscheint auf die Länge zweifelhaft. Eine Internationalisierung des Kanals, wenn nicht seine Nationalisierung durch Panama selbst, drängt sich mehr und mehr auf, und die Schwierigkeit ist nur, ob und wieweit sich ein Rückzug der Nordamerikaner aus Panama mit ihrem Bedürfnis vereinbaren läßt, an dieser so überaus günstig gelegenen Stelle der westlichen Halbkugel einen militärischen Stützpunkt zu bewahren, der für die Niederhaltung revolutionärer Volksbewegungen in ganz Lateinamerika unschätzbaren Wert gewinnen könnte und schon jetzt hat. Die Parallele zu Südvietnam springt jedenfalls in die Augen.

Immer wieder Kuba Am gefährlichsten ist für die Vereinigten Staaten immer noch der Revolutionsherd, der *Kuba* heißt. Man läßt darum in Washington nicht nach in dem eifrigen Bemühen, das Regime Castro doch noch irgendwie zu stürzen — und macht dabei Fehler um Fehler. Es war ein Fehler, daß die amerikanische Propaganda aus dem Umstand, daß kubanische Fischerboote in nordamerikanische Hoheitsgewässer geraten waren, eine böartige Herausforderung von Seiten der kubanischen Regierung zu machen suchte, obwohl diese schon am 9. Dezember durch schweizerische Vermittlung die Vereinigten Staaten von der Anwesenheit kubanischer Fischer im Golf von Mexiko, nahe bei den Dry-Tortugas-Inseln, in Kenntnis gesetzt hatte. Ein Fehler war es, daß die USA-Regierung Großbritannien, Frankreich und Jugoslawien für ihre Warenlieferungen an Kuba mit dem Entzug ihrer Militärhilfe bestrafte; damit schadete sie Castro gar nicht, verärgerte aber um so mehr die eigenen Bundesgenossen, denen handgreiflich bewiesen wurde, daß amerikanische Rüstungshilfe nur denjenigen Ländern gewährt wird, die sich den politischen Absichten der Vereinigten Staaten fügen. Der größte Fehler Washingtons ist aber, daß es durch Reisebehinderungen, Zensurdruck, Beeinflussung der öffentlichen Meinung usw. das amerikanische Volk vom Zugang zur *Wahrheit* über Kuba planmäßig absperrt. Ganz bezeichnend für die Lage, die sich daraus ergeben hat, ist der *Fall Matthews*, der internationales Aufsehen zu erregen geeignet wäre, wenn er überall bekannt würde. Daß Herbert L. Matthews, als einer der Hauptredaktoren der «New York Times», seinen Bericht über Kuba, der auszugsweise an anderer Stelle dieses Heftes der «Neuen Wege» wiedergegeben ist (vgl. Seite 76), nicht einmal in seiner eigenen Zeitung — der größten und einflußreichsten der Vereinigten Staaten — veröffentlichen konnte, spricht ja Bände. In der amerikanischen

Öffentlichkeit *darf* eben nicht bekannt werden, wie es in Wirklichkeit um Kuba steht. Die ganze Kubapolitik Washingtons verlöre den Boden unter den Füßen, wenn die Vorgeschichte der Errichtung sowjetischer Raketenstützpunkte, wie Matthews sie erzählt — Errichtung der Stützpunkte auf dringendes Ersuchen Castros, der allen Grund hatte, einen amerikanischen Angriff zu befürchten — auch der USA-Bevölkerung klargemacht würde und die «Bedrohung von Leben und Sicherheit der Vereinigten Staaten durch atomare sowjetische Angriffswaffen» als tatsachenwidrige Zweckpropaganda bloßgestellt dastünde. Ähnliches gilt von den Behauptungen über Kommunistentherrschaft, Hungersnot, Religionsverfolgung usw. im neuen Kuba, wie sie durch Presse und Radio mit Duldung und Förderung durch die Regierung im amerikanischen Volk verbreitet werden. Um so verdienstvoller ist es, daß I. F. Stone der Katze die Schelle angehängt und die Tatsachen über Kuba, wie sie Matthews berichtet, wenigstens einem weiteren Kreis von Beobachtern der Weltereignisse zugänglich gemacht hat. «Kein amerikanischer Journalist», so bemerkt er, «ist besser (als Matthews) ausgerüstet, um eine gründliche, wohlunterrichtete und objektive Berichterstattung über das heutige Kuba zu liefern. Über keinen Gegenstand ist es wichtiger eine ausgewogene öffentliche Meinung in unserem Lande zu bilden. Man kann ohne Übertreibung sagen (wie die Raketenkrise bewiesen hat), daß unsere und der Welt Zukunft durch die Zerstörung unserer Beziehungen zu Kuba aufs Spiel gesetzt werden kann. . . Offen gesagt: wir hoffen, durch die Weiterverbreitung des Matthews-Berichts in unseren eigenen Spalten in Westeuropa ein Echo zu wecken, das der amerikanischen Regierung, Presse und Öffentlichkeit zu ihrer Beschämung klarmacht, was für eine alberne Figur wir durch unsere Geistesverfassung in bezug auf Kuba in der Welt machen. . . Wir glauben, der ganze Zwischenfall werde mithelfen, den Westeuropäern und Neutralen zum Bewußtsein zu bringen, wie sehr sich die Regierung der Vereinigten Staaten in eine sture, unmenschliche und uns selbst abträgliche Haltung gegenüber Castro verrannt hat.» Hoffen wir, daß Stone recht bekommt!

Krieg gegen die Armut? Unendlich wichtiger als der (mehr oder weniger «kalte») Krieg gegen den Kommunismus, den die Vereinigten Staaten führen, wäre die Abstellung der *Ursachen*, die den Kommunismus und ihm verwandte revolutionäre Bewegungen ins Leben gerufen haben. Daß die Überwindung der *Armut* dabei eine Hauptrolle zu spielen hätte, ist eine Binsenwahrheit geworden, die hier nicht mehr näher erläutert zu werden braucht. Nun hat zwar Präsident Johnson in seiner Botschaft «über die Lage der Union» tatsächlich der Armut in den Vereinigten Staaten «den bedingungslosen Krieg erklärt». Aber wie versteht er diesen Krieg? Was soll genauer sein Ziel sein? Wie will er ihn geführt wissen? Zunächst scheint der Präsident den *Umfang* der Armut in den USA

erheblich zu unterschätzen. Er redet nur von «jenem Fünftel aller amerikanischen Familien, das ein so geringes Einkommen hat, daß es nicht einmal ausreicht, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen». Gemeint sind nämlich die Familien mit einem Jahreseinkommen unter 2800 Dollar. «Warum aber», so fragt die Neuyorker «Monthly Review» (Februarheft), «die Grenze hier ziehen? Nach der Statistik des Arbeitsministeriums und dem Heller-Ausschuß für Sozialwirtschaftliche Forschungen bei der Universität von Kalifornien brauchte eine städtische Familie von vier Personen in den Jahren 1959/60 je nach dem Wohnort ein Einkommen von 5500 bis 6500 Dollar, um eine bescheidene, aber anständige Lebenshaltung zu sichern. Es ist nicht unvernünftig, wenn man sagt, daß jeder, der sich keine solche Lebenshaltung leisten kann, arm ist; dann müssen wir aber schließen, daß nicht nur ein Fünftel aller amerikanischen Familien von Armut betroffen ist, sondern mehr als zwei Fünftel. Dieser Schluß ergibt sich aus der Tatsache, daß die nächsthöhere Gruppe nach dem untersten Fünftel auf der Einkommensstufenleiter Einkommen zwischen 2798 und 4812 Dollar hat, und das liegt noch weit unter dem Betrag, der für eine bescheidene, aber anständige Lebenshaltung notwendig ist. Das Problem der Armut stellt sich demnach als mindestens doppelt so groß dar, wie uns Johnson glauben machen will.»

Und dann die *Mittel*, mit denen der Präsident der USA die Armut in seinem Land ausrotten will! Sie umfassen ein Programm, das eine ganze Reihe von Maßnahmen vorsieht wie Bergbauernhilfe, Förderung der Jugend, Verteilung von mehr Lebensmitteln an Bedürftige, bessere Arbeitslosenversicherung, Erhöhung der Mindestlöhne, bessere Schulbildung, Bau von neuen Krankenhäusern, vermehrte Fürsorge für die Alten, Wohnviertelsanierung und dergleichen. Das sind gewiß nützliche Vorkehrungen, aber außer der Hebung der Schulbildung und der Förderung des Wohnungsbaus gehen alle vorgeschlagenen Maßnahmen nicht an die *Wurzel* des Übels, wollen vielmehr nur die äußeren Merkmale der Armut abschwächen, und auch die genannten wichtigeren Reformen sind so unbestimmt umschrieben, daß es von vornherein mehr als zweifelhaft ist, ob hier wirklich etwas Gründliches geschehen soll.

Wollte man jedoch wirklich annehmen, daß die Programmpunkte, die die Regierung im Auge hat, alle erfüllt würden, so würde das eine Ausgabe von mindestens 1000 Dollar je Familie im Jahr verlangen, bei neun Millionen Familien (nach Johnsons Armenstatistik) also rund *neun Milliarden Dollar alljährlich*. Die Bundesregierung denkt aber gar nicht daran, diese Summe von sich aus aufzubringen; sie will vielmehr auch die Einzelstaaten, Gemeinden und andere Körperschaften heranziehen und den Bund nur mit *einer* Milliarde belasten, die zudem nicht jeweilen in *einem* Jahr zu leisten wäre, sondern auf mehrere Jahre verteilt werden müßte. Und auch von dieser Milliarde würde nur die Hälfte aus neu aufzubringenden Bundesmitteln bestehen; die

andere Hälfte käme (nach einer Verlautbarung über das Regierungsprogramm) «aus Mitteln, die auf Grund bereits in Ausführung begriffener Pläne bewilligt worden sind».

Kann man da noch wirklich von einem «bedingungslosen Krieg gegen die Armut» reden, der in den Vereinigten Staaten geführt werden soll? Es wäre mehr als leichtsinnig, darauf mit einem klaren Ja zu antworten. Die Massenarmut hängt ja in den Vereinigten Staaten wie in allen anderen Ländern eng mit dem ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zusammen, in dessen Schoß sie auftritt. Sie trifft in Amerika besonders drei große Gruppen. Einmal die Industriearbeiter, die durch die fortschreitende Rationalisierung und Automatisierung überflüssig gemacht werden und inmitten eines höchstgesteigerten allgemeinen Wohlstands von Stufe zu Stufe sinken, auch wenn nicht noch eine Wirtschaftskrise «alten Stils» dazukommt. Sodann die verarmten Kleinbauern, die Opfer der fabrikmäßig betriebenen Großlandwirtschaft, und die Hunderttausende von Wanderarbeitern auf den Baumwoll-, Tabak-, Zucker-, Obst- und Gemüseplantagen. Die dritte Gruppe endlich stellen die Neger, diese ärmsten Dauerproletarier, denen der gesellschaftliche Aufstieg meistens grundsätzlich verwehrt ist und die besonders für Arbeitslosigkeit doppelt anfällig sind. Während im Jahr 1962 4,9 Prozent der weißen Arbeitskräfte beschäftigungslos waren, zählte man 11 Prozent Arbeitslose bei den Schwarzen. Es ist darum klar, daß die amerikanischen Neger ihren Aufstieg zu einem menschenwürdigen Dasein nur von einer Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst erwarten können. Das gleiche gilt aber auch für die untersten Schichten der *weißen* Bevölkerung: Sie werden aus ihrer Armut und ihrem untermenschlichen Dasein nur herauskommen in dem Maß, als die bestehende «Ordnung» überhaupt von Grund aus erneuert wird. *Diese* Aufgabe anzupacken, liegt aber natürlich der heutigen USA-Regierung wie der großen Mehrheit der politisch und sozial maßgebenden Bevölkerungsgruppen vollkommen fern . . .

NATO oder UNO? Doch zurück zu den Fragen der *internationalen* Politik, die augenblicklich im Vordergrund stehen. Am meisten zu reden gibt immer noch der Streit um *Zypern*. Seine Bedeutung wird bei uns vielfach entstellt durch die Behauptung, es handle sich hier um die Sicherung des östlichen Flügels der gemeinsamen Verteidigungsstellung, die die «freien Nationen» gegen die kommunistische Bedrohung errichtet hätten, und die durch ihre eigene Uneinigkeit mit dem Einsturz bedroht sei. Die Uneinigkeit, ja Zerfahrenheit und innere Brüchigkeit der Westmächte mit ihrer «Politik der Stärke» ist gewiß eine Tatsache. Aber die «Drohung aus dem kommunistischen Osten», die auch in der Zypernkrise offenbar geworden sei, ist eine Erfindung der Türken, darauf berechnet, eine Lösung der Zypernfrage in *ihrem* Sinn herbeiführen zu helfen. Der

Kern des Streites liegt vielmehr in der Unverträglichkeit der türkischen Minderheit der Inselbevölkerung, die mit der angeblich tyrannisch-grausamen griechischen Mehrheit nicht im Frieden zusammenleben zu können behauptet, tatsächlich aber ganz gut mit ihr auskäme, ginge nicht die türkische Regierung in Ankara auf die Losreißung ihrer zyprischen Stammesgenossen von deren griechischen Mitbürgern aus. Es wird kaum unrichtig sein, daß die blutigen Zusammenstöße zwischen Türkisch- und Griechisch-Zyprern im wesentlichen von türkischer Seite verursacht worden sind, daß die türkische Botschaft in Nikosia tatsächlich die Fäden der türkisch-zyprischen Widerstandsbewegung in Händen hat und die radikalere Gruppe dieser Bewegung von einem türkischen Staatsangehörigen befehligt wird.

Diesen ganzen Zustand sucht die Regierung Makarios entscheidend zu ändern. Sie besteht auf der völligen Ausschaltung der Türkei aus den Auseinandersetzungen um Zypern, das seine Angelegenheiten allein zu ordnen das Recht haben müsse, also natürlich auch ohne Einmischung Griechenlands, und erstrebt darum die Aufhebung der Garantie- und Bündnisverträge, die nach der Erhebung Zyperns zum unabhängigen Staatswesen als zeitweilige Notmaßnahme abgeschlossen wurden und Großbritannien, der Türkei und Griechenland das Recht zum militärischen Eingreifen im Namen von Gesetz und Ordnung zusprachen. Sobald die Gefahr beseitigt sei, daß eine widerpenstige türkisch-zyprische Bewegung militärische Hilfe aus der Türkei bekomme, so erklärt man auf griechisch-zyprischer Seite, werde die griechische Volksmehrheit der türkischen Minderheit alle vernünftigen Sicherheiten gegen eine Mißachtung und Unterdrückung ihrer völkischen Ansprüche gewähren; davon könne man schon darum überzeugt sein, weil das kleine und schwache zyprische Staatswesen weithin von auswärtiger Unterstützung abhängig sei, wie sie besonders von der Organisation der Vereinten Nationen, der UNO, geboten werden könne.

Und nun dreht sich der Kampf der am Zypernkonflikt beteiligten Mächte eben darum, ob und wieweit diesen griechisch-zyprischen Begehren entsprochen werden solle und ob nicht lieber die NATO (Nordatlantische Vertragsorganisation), also der Bund der Westmächte, dem auch die Türkei zugewandt ist, mit der Sicherung von Ruhe und Ordnung auf Zypern betraut werden solle. Dies namentlich auch darum, weil in der NATO die Sowjetunion nichts zu sagen hat, während sie im Rahmen der UNO ihren Einfluß — nötigenfalls durch ein Veto gegen Beschlüsse ihrer Organe — geltend machen könnte. Auf die zahllosen Vorschläge, die im Zusammenhang mit dieser Kernfrage gemacht worden sind und weiter gemacht werden, kann hier nicht eingetreten werden; wir wollen aber hoffen, daß kein Schritt getan werde, der zu einer Teilung der Insel führen könnte, vielmehr — wenn auch auf dem Weg über einen vorläufigen Kompromiß — eine Lösung der Streitfrage angebahnt werde, die die volle Selbstregierung

des jungen Staatswesens auf dem Boden einer Verständigung zwischen den beiden nationalen Bevölkerungsgruppen ermöglicht.*

Es wird Zeit für Bonn . . . Die Zypernkrise ist *ein* Fall, an dem sich die innere Auflösung oder mindestens Handlungsschwäche des westmächtlichen Bündnisses aller Welt sichtbar erweist. Es gibt noch mehr solcher Beispiele: der Zwiespalt unter den NATO-Staaten in der Frage der Wirtschaftssperre gegenüber Kuba, ihre gegensätzliche Einstellung zum «Osthandel», ihre Uneinigkeit über die «vielseitige» Kernwaffenstreitmacht, über die wirtschaftliche und gar die politische Einigung Westeuropas, über die Anerkennung Chinas, über die nächsten Schritte auf dem Weg zur militärischen Abrüstung, und so weiter. Die berühmte «Politik der Stärke» — der bewaffnete Antikommunismus — hat ihre Zugkraft einfach verloren; die «Drohung aus dem Osten» verliert zusehends an Glaubwürdigkeit und die nationalen Sonderinteressen gewinnen immer mehr wieder die Oberhand.

Es wäre auch für die *westdeutsche* Regierung und ihre Stützen wirklich an der Zeit, aus dieser Lage die Folgerungen zu ziehen und sich einzugestehen, daß mit dem ganzen Scharfmachertum, das sich als «Politik der Stärke» gegenüber dem kommunistischen Osten aus gibt, nichts anderes mehr anzufangen ist als die Aufrechterhaltung eines Scheines, hinter dem keine Wirklichkeit steht und nie gestanden hat. Auch die neue Freundschaft mit de Gaulles Frankreich, die Adenauer als größte Leistung seines Regiments gepriesen hat, konnte die Bonner Ostpolitik nicht mehr vor dem offenkundigen Versagen bewahren. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu China hat de Gaulle selbst tatsächlich einen Strich durch Adenauers Rechnung gemacht, und wer weiß, ob er mit einem offenen Übergang zur friedlichen Koexistenz mit der Sowjetunion seinen westdeutschen Freun-

*Das Obige war bereits geschrieben, als der Beschluß des Sicherheitsrats der UNO bekannt wurde, eine internationale Polizeitruppe aufzustellen, die für mindestens drei Monate den inneren Frieden auf Zypern zu gewährleisten hätte, und den Generalsekretär mit einem Vermittlungsauftrag zu betrauen. Für den Augenblick ist dadurch immerhin eine Beruhigungspause gesichert. Aber das Zypernproblem selbst ist dadurch nicht gelöst; es steht nach dem Beschluß des Sicherheitsrats genau auf dem gleichen Punkt wie vorher. Ja, es ist seither noch schwerer zu lösen, fast unlösbar, geworden. Die Regierung Makarios hat den schweren Fehler gemacht, auf eigene Faust — im wörtlichen Sinn — eine Lösung der Krise zu erstreben, die die türkische Minderheit nicht annehmen kann. Sie hat den Bandenkrieg der griechischen Bevölkerungsgruppe tatsächlich legalisiert und gleichzeitig den britischen Ordnungstruppen alle möglichen Schwierigkeiten bereitet, offenbar in der Hoffnung, damit die zyprischen Türken zu Paaren zu treiben, bevor die UNO-Polizeimacht wirksam auftreten könne. Das Ergebnis war aber nur, daß die Türken zur Verzweiflung getrieben wurden und die Regierung von Ankara offen mit einem militärischen Eingreifen droht, das zu nichts anderem als zur Teilung der Insel führen könnte. Makarios wird deutlich zurücklesen müssen, wenn er dieses Verhängnis wirklich abwenden will!

den über kurz oder lang nicht einen noch härteren Schlag versetzen wird. Den Amerikanern traut man in Bonn ja sowieso zu, daß sie fähig seien, sich über die Bundesrepublik hinweg mit Moskau zu verständigen, einerlei wie oft man sich noch die «unerschütterliche Schicksalsgemeinschaft» zwischen den Vereinigten Staaten und Westdeutschland bescheinigen läßt.

Kurz, wenn Regieren das gleiche ist wie Vorausschauen, so könnte man annehmen, daß sich die Planer der Bonner Außenpolitik noch einigermaßen rechtzeitig auf die zu erwartende «realistische» Neuorientierung der west-östlichen Beziehungen umstellen. Dies um so mehr, als davon auch die *Wiedervereinigung der beiden deutschen Sonderstaaten* abhängt, die man doch angeblich so leidenschaftlich herbeisehnt. «Es kann», so schreibt Achim von Börries in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Februarheft), «nur noch eine Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen und als Folge der allgemeinen weltpolitischen Ost-West-Entspannung geben . . . Es wäre unsinnig zu glauben, die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges . . . würden sich von sich aus mit besonderem Eifer der Wiedervereinigung annehmen oder gar um dieser willen die sich anbahnende weltpolitische Verständigung aufs Spiel setzen. Wer darauf noch spekuliert, der lebt wahrlich in einem weltpolitischen Wolkenkuckucksheim! Um die Wiedervereinigung werden sich die Deutschen selber bemühen müssen, sie zumindest in erster Linie.»

Das heißt aber, daß sich die Bundesrepublik endlich doch dazu bequemen muß, mit der DDR in aller Form zu verhandeln, also den deutschen Oststaat als politische und rechtliche Tatsache anzuerkennen. Die Passierscheinausgabe für Besuche von Westberlinern in Ostberlin an der Jahreswende von 1963 auf 1964 hätte einen Anfang solcher Verhandlungen bilden können. Leider wird sie über Ostern keine Fortsetzung finden. Herr Brandt, der «Regierende» von Westberlin, hat sich diesmal von Bonn zurückpfeifen lassen, als er Miene machte, die Weihnachts-Neujahrs-Aktion wiederholen zu lassen. Er ist eben inzwischen Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands und zugleich Kanzlerkandidat geworden — und der Führer einer (angeblichen) Opposition, die mit Händen und Füßen nach Beteiligung an der Regierung strebt, kann doch nicht an einem anderen Seil ziehen als die «harten» Antikommunisten in Bonn, eingeschlossen seine eigenen Genossen in der Parteiführung, die womöglich noch beschränkter sind als die beamteten Träger der Bundesrepublik! Brandt hat zwar schon wieder die Fühler nach einer halbwegs wirklichkeitsgemäßen Berlinpolitik ausgestreckt; aber es wird wohl noch bitterer Erfahrungen bedürfen, bis man in Westdeutschland nicht nur im geschlossenen Kreis und bei kleinen Widerstandsgruppen von der bankerotten Ostpolitik abrückt, sondern offen und in der Führung der großen Parteien selber. Auf der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften liegt dabei eine besondere Verantwortung!

Vom italienischen Sozialismus Der Geist des Widerspruches gegen die Politik der «rechten»

Führer ist zwar in der westdeutschen Sozialdemokratie und besonders bei den Gewerkschaften lebendiger und weiterverbreitet, als es nach außen hin den Anschein hat. Allein daß sie dem selbständigen Denken und den Worten (am Biertisch) auch die Tat folgen lassen, dazu fehlt es diesen «Oppositionellen» eben an der Zivilcourage. Das Strammstehen vor dem Vorgesetzten ist auch ihnen so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, die Partei- und Gewerkschaftsdisziplin ist für sie so ausgesprochen ein Götze geworden, daß sie einer wenigstens äußerlichen Einheit alles, auch die klarste Überzeugung, zu opfern bereit sind. Da hat es die Linke in der Sozialistischen Partei *Italiens* anders! Sie hat nach dem letzten Parteitag, an dem die Mehrheit unter Nenni den förmlichen Eintritt in die von den Christlichdemokraten beherrschte Regierung beschloß, auf die Erhaltung einer ja doch innerlich unwahr gewordenen Parteieinheit verzichtet und sich als «*Sozialistische Partei der proletarischen Einheit*» (Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria, PSIUP) selbständig gemacht.

Das ist gewiß ein Wagnis, dessen Ausgang erst abzuwarten bleibt. Aber was blieb der Parteilinken noch anderes übrig, wenn sie ihre Selbstachtung bewahren wollte, als sich von einem Organisationsapparat loszusagen, der auf dem besten Weg zu einem charakterlosen «Sozialdemokratismus» ist? Tullio Vecchiotti, der Sekretär der neuen Partei, sagte es in einer Unterredung mit der kommunistischen «Unità» (Nummer vom 18. Januar) offen: «Die Spaltung ist einfach unvermeidbar geworden. Die Regierung Moro ist ein mittelmäßiger, ja schlechter Versuch, einen modernen Massenreformismus zu schaffen, der ein Erfordernis der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft ist. Der Eintritt der Sozialistischen Partei in die Regierung ist nur der letzte und bindendste Akt der Politik Nennis, die darauf gerichtet ist, aus der Sozialistischen Partei eine reformistische Massenpartei zu machen, mit oder ohne Vereinigung mit der (sozialdemokratischen) Partei Saragats oder gar unter Aufsaugung durch sie. Die Partei Nennis», so erklärt Vecchiotti, «sei im Begriff, ein Bestandteil der atlantischen Front und damit des Imperialismus zu werden. Wer von uns konnte dazu ja sagen, daß sich die Sozialistische Partei auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie mit den Christlichdemokraten verbünde und sich gegen die Kommunistische Partei kehre? . . . Wir unsererseits nehmen uns vor, den durch die Rechtsschwenkung der Partei Nennis entstandenen Hohlraum auf die einzig richtige Art auszufüllen: indem wir uns mit der Bewegung der Arbeiterklasse verbünden, zu ihrer Ausrichtung auf die grundlegenden Fragen beitragen und eine Einheitspolitik fördern, die über eine bloße Klassenbewegung hinausreicht und alle Kräfte für eine Linksschwenkung im ganzen Land zu gewinnen sucht.»

Eine der ersten Handlungen der neuen Partei war die Einreichung eines Antrags zur *Außenpolitik* in der italienischen Kammer. «Hier», so

schreibt Dario Valori im «Mondo Nuovo» (16. Februar), der großen Wochenzeitung des PSIUP, «kommt der Gegensatz zu der Linie Nennis besonders scharf zum Ausdruck. Die Regierung Moro stellt sich, wie auch aus den jüngsten Äußerungen von Außenminister Saragat hervorgeht, unzweideutig auf die Seite der größten imperialistischen Macht, der Vereinigten Staaten. Darum anerkennt man China nicht; darum sagt man nicht nein zu der vielseitigen Kernwaffenstreitmacht; darum setzt man dem Eingreifen der NATO auf Zypern keinen entschiedenen Widerstand entgegen, . . . darum hütet man sich wohl, eine unabhängige Meinung über die Abrüstungsfragen oder den Gomulka-Plan auszudrücken.» Der Antrag der PSIUP-Fraktion verlangt darum eine selbständige italienische Außenpolitik, die auf Abrüstung als einzige Gewähr für die Sicherheit des Landes ausgerichtet ist, ein Verfügungsrecht Westdeutschlands über Atomwaffen ablehnt, dafür aber eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa erstrebt, mit den unterentwickelten Ländern freundschaftliche Beziehungen anknüpft und sich für die bedingungslose Aufnahme Chinas in die UNO einsetzt.

Der Antrag wurde natürlich in der Kammer verworfen; er zeigt aber doch klar die Richtung an, die die neue Partei in der Außenpolitik einzuschlagen gewillt ist, und die anderen sich auf den Sozialismus berufenden Parteien als Wegweiser dienen kann. Eine Wiedermannung der sozialistischen Gesamtbewegung, ihre Befreiung von aller Mitläuferschaft mit der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution und die Herausarbeitung eines sozialistischen Internationalismus im besten Sinn des Wortes ist jedenfalls eine unserer stärksten Hoffnungen für den Durchbruch zu einer Welt ohne Krieg, einer Welt friedlichen Wettbewerbes und freier Entfaltung all der ungeheuren schöpferischen Kräfte, die noch immer in den Völkern brachliegen oder sich gar in brudermörderischem Kampf sinnlos verzehren.

5. März

Hugo Kramer